Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Bundesamt für Umwelt BAFU
Worbentalstrasse 68
3063 Ittigen

per E-Mail an:
vnl-klima@bafu.admin.ch

24. September 2024

Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen zum CO₂-Gesetz für die Zeit nach 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Juni 2024 geben Sie uns die Gelegenheit zu den Ausführungsbestimmungen zum CO₂-Gesetz für die Zeit nach 2024 Stellung zu nehmen.

Die vorliegenden Ausführungsbestimmungen konkretisieren die im Rahmen der Revision des CO₂-Gesetzes für die Zeit nach 2024 geregelten Massnahmen und Ziele. Wir begrüessen die Vorlage grundsätzlich, weil sie in ihren Grundzügen angemessen ist. Dennoch beantragen wir vereinzelte Anpassungen, um den Handlungsspielraum für Massnahmen im Rahmen des fortschreitenden Klimawandels besser und wirksamer ausnützen zu können.

CO₂-Verordnung

- **Artikel 2a Inlandanteil**

Auslandkompensationen stellen bis zu einem gewissen Grad eine sinnvolle Möglichkeit und Massnahme dar, um die CO₂-Emissionen insgesamt reduzieren zu können. Dekarbonisierung erfordert aber in erster Linie Massnahmen im Inland. Notwendige Infrastrukturanpassungen im Inland können sich durch einen zu grossen Anteil an Auslandkompensationen verzögern. Deswegen erachten wir einen Inlandanteil von mindestens 75 % als gerechtfertigt. Ein solcher Mindestanteil gewährleistet, dass die Investition dieser Mittel in der Schweiz zu einem technischen Fortschritt führen, dass Wissen aufgebaut wird und auch die lokale Wirtschaft von diesen positiven technologischen Entwicklungen profitieren kann. Die Kantone verzichten in ihren Zielsetzungen in der Regel auf Auslandkompensationen. Die Treibhausgasreduktionen werden in erster Linie im eigenen Kantonsgebiet realisiert. Ein tiefer Inlandanteil kann dazu führen, dass die Zielsetzungen und die Ambitionen der Kantone geschwächt werden.

Antrag: Artikel 2a ist anzupassen und der Inlandanteil auf 75 % zu erhöhen.

- **Artikel 3 Absatz 2 Richtwerte für einzelne Sektoren**

Bei Vorliegen von Sektorzielen ist es wichtig, dass bei deren Verfehlung zusätzliche Massnahmen ergriffen werden, mittels derer die Ziele erreicht werden können. In der bisherigen CO₂-Verordnung ist in Artikel 3 Absatz 2 eine Bestimmung enthalten, die vorsieht, dass weitere Massnahmen beantragt werden, wenn Sektorziele verfehlt werden. Um die Zielerreichung 2030 sicherzu-

stellen, ist eine solche Bestimmung auch im vorliegenden Entwurf einzufügen. Dazu ist es notwendig, dass der Bund zeitnah überprüft, ob die einzelnen Sektoren auf Zielpfad sind und bei Bedarf weitere Massnahmen vorsieht.

Antrag: Artikel 3 ist um einen Absatz 2 zu ergänzen: «Ist absehbar, dass die sektoriellen Richtwerte nicht erreicht werden, beantragt das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) dem Bundesrat weitere Massnahmen, damit die Richtwerte erreicht werden können».

- **Artikel 66a: Inhalt der Verminderungsverpflichtung**

Neu ist es möglich, dass sich alle Unternehmen mit Abschluss einer Verminderungsverpflichtung von der CO₂-Abgabe befreien lassen können. Für die Unternehmen, die diesen Ansatz wählen, fällt ein zusätzlicher administrativer Aufwand an. Im Rahmen der Umsetzung soll der Aufwand so klein wie nur möglich gehalten werden. Es soll möglichst vermieden werden, dass für die Unternehmen zusätzliche finanzielle oder personelle Ressourcen entstehen. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass hinsichtlich des administrativen Aufwands mit der «Transparenz über die Nachhaltigkeitsaspekte» für die Unternehmen bereits ein neues Berichtswesen im Raum steht, das Auswirkungen auf die Ressourcen hat.

- **Artikel 89 Kompensationssatz**

Importeure von Treibstoffen müssen einen Teil der CO₂-Emissionen im Verkehr kompensieren. Der Kompensationssatz legt dabei den Anteil der zu kompensierenden Emissionen fest. Mit dem revidierten CO₂-Gesetz können Importeure neu einen Teil der Emissionen im Ausland kompensieren. Neu müssen ab 2025 gemäss Artikel 89 Absatz 3 25 % der Emissionen kompensiert werden. Dieser Anteil soll gemäss Vorlage bis 2030 auf 50 % ansteigen.

Artikel 89 Absatz 2 senkt den Kompensationssatz im Inland von bisher mindestens 15 % auf neu mindestens 12 %. Diese Senkung soll rückgängig gemacht werden. Der Investitionsbedarf in inländische Reduktionsprojekte ist nach wie vor sehr hoch und das Potential für neue Projekte ist nach wie vor vorhanden. Gleichzeitig soll die absolut im Inland zu kompensierende Menge CO₂ bis 2030 mindestens gleich hoch bleiben. Dadurch erhöht sich der Kompensationssatz im Inland jährlich, wenn die Emissionen im Verkehr linear abnehmen. Diese Anpassungen entsprechen der Forderung in Artikel 2a nach der Erhöhung des Inlandanteils der Kompensation der Emissionen.

Antrag: Der Kompensationssatz im Inland ist weiterhin bei 15 % zu belassen. Die absolut im Inland zu kompensierende Menge CO₂ in den Jahren 2025 bis 2035 muss mindestens gleich hoch bleiben und der Kompensationssatz im Inland ist dementsprechend jährlich anzupassen.

- **Artikel 127a Förderungswürdige Massnahmen zur Vermeidung von Schäden**

Der Klimawandel in Form von Schäden an Personen und an Sachen von erheblichem Wert zeigt sich auch im Kanton Solothurn unter anderem in Form von trockenen Sommern, heftigen und häufigen Niederschlagsereignissen sowie vermehrt auftretenden Hitzewellen. Wir begrüssen daher die Finanzhilfen für förderungswürdige Massnahmen zur Vermeidung von Schäden. Diese beschränken sich gemäss Artikel 127a auf die Planung, Entwicklung und Umsetzung von Massnahmen. Die Bewertung und die Kommunikation der Massnahmen werden jedoch ebenfalls als wichtig erachtet. Zudem sollen nebst den Massnahmen zur Vermeidung von Schäden auch Massnahmen zur Steigerung der Anpassungsfähigkeit von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt förderungswürdig sein.

Antrag: Artikel 127a Absatz 1 ist folgendermassen zu ergänzen: «Finanzhilfen werden für die Planung, Entwicklung, Umsetzung, *Evaluation und Kommunikation* von Massnahmen ausgerichtet, die direkt oder indirekt einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung von Schäden durch den Klimawandel leisten und die den Zielen und Grundsätzen der Strategie «Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz des Bundesrates» entsprechen.

In Artikel 127 Absatz 2 Buchstabe c sollen Niederschlagsereignisse ebenfalls genannt werden, können diese doch zu starken Bodenbewegungen beitragen. Somit ist offensichtlicher, dass, wie im Erläuterungsbericht erwähnt, auch Massnahmen im Bereich Schwammstadt und Schwamm-landschaft gefördert werden können.

Antrag: Artikel 127a Absatz 2 Buchstabe c ist folgendermassen zu ergänzen: «Personen- und Sachschäden durch häufigere und intensivere *Niederschlagsereignisse und deren Folgen wie Hochwasser*, zunehmender Oberflächenabfluss und Bodenbewegungen.»

Ebenso sind Massnahmen förderungswürdig, die der Längsvernetzung bei trockenfallenden Gewässern, z. B. durch Niederwasserrinnen, dienen.

Antrag: Artikel 127a Absatz 2 ist um einen Buchstaben «f. *Massnahmen zur Gewährleistung der Längsvernetzung bei trockenfallenden Gewässern*» zu ergänzen.

- **Artikel 128: Förderung Aus- und Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit**

Gemäss Artikel 128 fördert das Bundesamt für Umwelt (BAFU) die Aus- und Weiterbildung sowie Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Klimaschutzes. Im erläuternden Bericht wird jedoch auch die Förderung im Bereich Anpassung an den Klimawandel erwähnt.

Antrag: Artikel 128 ist mit dem Begriff «Klimaanpassung» zu ergänzen.

- **Artikel 128a Höhe der Finanzhilfen**

Förderungswürde Projekte in diesem Bereich werden häufig von nicht gewinnorientierten Organisationen oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften wie Gemeinden oder auch Kantonen durchgeführt. Daher scheint die vorgeschlagene Höhe der Finanzhilfen, insbesondere im Vergleich mit den anderen Anspruchsberechtigten in der vorliegenden Verordnung, als zu gering. Um die Beteiligung der Kantone auszugleichen, ist sie zu erhöhen.

Antrag: Artikel 128a ist folgendermassen anzupassen: «Die Finanzhilfen betragen höchstens 60 % der anrechenbaren Kosten. [...]».

Für weitere Begründungen verweisen wir auch auf die Stellungnahme der Konferenz der Umweltämter der Schweiz (KVU) an die federführende Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK) vom 21. August 2024.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Hodel
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatschreiber